

Bürger auf den Barrikaden

Die Bündnisse gegen Rechtsextremismus Hildburghausen und Schleusingen wollen einen rechten Aufmarsch am Samstag in der Kreisstadt nicht widerstandslos hinnehmen.

Von Georg Vater

Hildburghausen – Auf einen ungemütlichen Samstag muss sich Hildburghausen einstellen. Dies nicht nur wegen des Novemberwetters, sondern vor allem wegen einer von Rechtsextremen geplanten Demonstration und Kundgebung, die vom Landratsamt zwar mit kleineren Auflagen versehen, aber dennoch weitgehend zugelassen wird. So können die Rechten aus Freien Kameradschaften und dem Bündnis Zukunft Hildburghausen (BZH) ab 13 Uhr vom Bahnhof aus über den Stadtring durch die gesamte Stadt marschieren und obendrein eine Zwischenkund-

gebung und auch eine Abschlusskundgebung auf dem Markt abhalten. Angemeldet sind die Aktionen bis 18 Uhr. „Es ist unerträglich, dass die Nazis nun auch in unmittelbarer Nähe zum 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht aufmarschieren dürfen“, empört sich nicht nur Rainer Juhrsch, Sprecher des Bürgerbündnisses gegen Rechtsextremismus über die seiner Ansicht nach zu laxen Einstellung von Landratsamt und Polizei. Man habe nicht einmal den Versuch unternommen, den Naziaufmarsch zu untersagen – und das, obwohl am 10. November Martinstag sei und die Kirchen diesen Tag mit Veranstaltungen begehen.

Aufruf zum Protest

Die Bürgerbündnisse aus Hildburghausen und Schleusingen rufen alle friedlichen und demokratisch gesinnten Bürger auf, Courage zu zeigen und sich dem Aufmarsch der Neonazis entgegen zu stellen. Um 13 Uhr hält die Stadt am Gedenkstein für die von Nazis ermordeten Hildburghäuser Juden am Rathaus eine

Gedenkveranstaltung ab. Im Anschluss ist auf dem Markt ein Bühnenprogramm mit Liedermachern, Beiträgen von Schülern und kurzen Redebeiträgen geplant. Auch dafür erteilte das Ordnungsamt Auflagen, unter anderem zur Lautstärkereduzierung und ein Glasflaschenverbot.

Um Ausschreitungen beim Zusammentreffen beider Gruppen zu verhindern, wird der Markt nach *Freies Wort*-Informationen von der Polizei mit einem sogenannten „Hamburger Gitter“ geteilt. Den Rechtsextremen ist der Bereich am Rathaus/Brunnen zugeteilt, das Bürgerbündnis kann seine Aktionen auf dem anderen Teil des Marktes durchführen.

Allerdings wird das Bürgerbündnis auch nicht auf weitergehende Störaktionen, wie Straßenblockaden, verzichten. Das wurde beim Kooperationsgespräch am Montag mit Vertretern des Landratsamtes und der Polizei deutlich. Juristisch und politisch werden solche Blockaden von Polizei und Ordnungsamt auf der einen und dem Bürgerbündnis auf der anderen Seite gegensätzlich beurteilt. „Friedli-

che Blockaden von Naziaktionen wurden durch Gerichte als legitimes Mittel des Widerstandes beurteilt“, sagt Rainer Juhrsch. Einigkeit herrscht indes auf beiden Seiten, dass es nicht zu Gewalt kommen dürfe.

Polizei mit Großaufgebot

Indes machte die Polizei noch einmal deutlich, dass sie das Versammlungsrecht der Rechtsextremen „vollumfänglich“ durchsetzen wolle. „Da kann man nur noch fassungslos den Kopf schütteln“ sagt Rainer Juhrsch mit Blick auf NSU-Morde, Ermittlungsspannen der Behörden und die zähe Aufklärungsarbeit im Freistaat.

Am morgigen Donnerstag wollen sich die Bündnisse Hildburghausen und Schleusingen bei einer letzten Absprache im Kreisjugendring über Details des Protestes verständigen. Schon jetzt sollten sich Autofahrer und Einwohner am Samstag auf erhebliche Einschränkungen einstellen. In der Stadt wird eines der größten Polizeiaufgebote erwartet, das Hildburghausen je gesehen hat.